

Avanti ²

Theoriebeilage

Der drohende
Faschismus
von
Helmut Dahmer

ISO Rhein-Neckar

DEN ABBAU BEKÄMPFEN ENTLASSUNGEN VERHINDERN



INHALT

TITEL

- 01 DEN ABBAU BEKÄMPFEN!**
Entlassungen verhindern

EDITORIAL / INHALT / KURZ & KNAPP

- 02 KAPITALISMUS**
Kurz & knapp?

SEITE DREI

- 03 DEN ABBAU BEKÄMPFEN!**
Entlassungen verhindern

ANTIMILITARISMUS

- 04 STAATSRÄSON ALS HEUCHELEI**
Jetzt Einhalt gebieten?

ARBEITSWELT

- 05 VERKEHRSWENDE UND VW**
Ideen für ein neues Wolfsburg

- 06 TAGUNG GEGEN BR-MOBGING**
Gegen ein „Recht des Stärkeren“?

- 07 VERDACHTSKÜNDIGUNGEN**
Braunes Arbeitsunrecht beenden

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

will man den Massenmedien Glauben schenken, dann steht der Untergang der deutschen Wirtschaft kurz bevor. Von den bisherigen Rekordprofiten ist jedoch kaum die Rede.

Das Geschrei nach einer neuen Agenda 2010 wird immer lauter, die Hetze gegen Geflüchtete immer hemmungsloser.

Bekämpfung der Armut und Besteuerung der riesigen Vermögen der Superreichen? Stoppen der Kahlschlagpolitik von Konzernen? Verteidigung der Menschenrechte? Abwehr der Erderwärmung? Wo werden solche Fragen im Parteienstreit beantwortet?

Gewerkschaften, Mosaik-Linke und soziale Bewegungen haben kaum den Ernst der Lage verstanden. Wo sind ihre Ansätze für eine solidarische Front gegen die Bedrohungen durch Faschismus und Kapitalismus?

Jetzt ist gemeinsamer Widerstand gegen die Zumutungen des Profitsystems und seiner Nutznießer erforderlich. Wir hoffen, dass dies in der neuen *Avanti*² klar zum Ausdruck kommt!

Eure Redaktion

Titelbild: Protest bei Bombardier (heute Alstom) Mannheim, 16. Juli 2020. (Foto: Helmut Roos.)

INHALT

ARBEITSWELT

- 08 SKANDAL BEI ALSTOM**
Welche Gegenwehr?

INTERNATIONAL

- 09 FRANKREICHS REGIERUNG**
Sozialabbau und Rassismus

ISO / POLITISCHE BILDUNG

- 10 MIETERHÖHUNGEN**
Profit vor Recht auf Wohnen?

- 11 LESETIPPS**
Kritik an Zionismus und Faschismus

RÜCKBLLENDE / TERMINE

- 12 ANTIMILITARISMUS**
Erfolgreiche Demo am 3. Oktober?

- 12 TERMINE**

THEORIEBEILAGE

- 01 DER DROHENDE FASCHISMUS**
Eine Analyse

Regierungsbetrug an der Pflegeversicherung

R. S.

Die Weigerung der Bundesregierung, ihre Schulden in Höhe von derzeit 9 Milliarden Euro an die Pflegeversicherung zu zahlen, bringt diese an den Rand der Pleite. Für das laufende Jahr rechnen die Pflegekassen mit einem Defizit von 1,5 Milliarden Euro, für 2025 mit 3,5 Milliarden Euro.

Im Einzelnen: Die Mehrkosten der Pflegeversicherung für Corona-Tests und Boni für das Personal in Höhe von 6 Milliarden Euro wurden im Koalitionsvertrag zugesichert, aber nicht bezahlt. Laut einem Gutachten im Auftrag der Krankenkasse DAK ist eine Erstattung verfassungsrechtlich zwingend.

Im Koalitionsvertrag wurde ferner zugesichert, die Pflegeversicherung von den Rentenbeiträgen für pflegende Angehörige zu entlasten, was weitere 3 Milliarden bringen würde.

Die Pflegekassen sind also mitnichten pleite, sie haben nur einen säumigen Schuldner: die Bundesregierung. Doch diese ignoriert ihre Verpflichtungen. Stattdessen plant sie mittlerweile Beitragserhöhungen zwischen 0,25 und 0,3 %.
(Quelle: FR, 7./8.10.2024.)

K
U
R
Z
&
K
N
A
P
P

Asphalt und Autowahn

R. S.

Das Fernstraßennetz der BRD ist mit rund 13.000 km Autobahn und 38.000 km Bundesstraßen enorm. Es ist eines der dichtesten in Europa.

Trotz gesunkenen Verkehrsaufkommens soll es weiter ausgebaut werden. Gleichzeitig verrottet das Bestandsnetz immer mehr. Die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen werden jedoch aus finanziellen Gründen – wenn überhaupt – nur in geringem Umfang erfolgen. Die Finanzmittel für den Straßenverkehr sind weitgehend für Ausbaupläne verplant, die auf als überholt geltenden Verkehrsprognosen beruhen.

Verkehrsprofessor Helmut Holzapfel kritisiert, dass das Autofahren in Deutschland über lange Distanzen so stark gefördert wird wie in keinem anderen Land. Die Verkehrsprognosen und Kosten-Nutzenanalysen sind ihm zufolge zweifelhaft. Selbst der ADAC lehnt den umstrittenen Ausbau der A 5 bei Frankfurt am Main auf zehn Spuren ab.

Als eine Hauptursache für diesen verkehrspolitischen Irrsinn sieht ein Greenpeace-Report den gewachsenen Lobbydruck der Straßenbauindustrie und anderer Akteure, die davon profitieren.
(Quelle: FR, 6.10.2024.)

DEN ABBAU BEKÄMPFEN! Entlassungen verhindern

U. D.

Stellenabbau, Umstrukturierung, Verlagerung: Das sind zurzeit die Botschaften der Konzerne. Ob Chemie-, Metall- und Autoindustrie, ob Banken, Bauindustrie, Logistik oder Versicherungen – überall werden Arbeitsplätze vernichtet oder ganze Standorte geschlossen.

Zehntausende Beschäftigte namhafter Großunternehmen wie BASF, Bayer, Bosch, BMW, Continental, Leoni, Mercedes-Benz, Miele, Opel, Schaeffler, Thyssen-Krupp, VW und ZF sind betroffen und in der Folge auch Zulieferer, Handwerker, der Einzelhandel, Kommunen und Regionen.

In der „*Monopol*“-Region Rhein-Neckar trifft es die Belegschaften von Alstom, BASF, Daimler, SAP, Unilever und ZF-Wabco.

Zynische Begründung

Begründet werden diese als „Anpassung“ schöngeredeten Angriffe mit „Standortnachteilen“ wie den hohen Energie-, Rohstoff- und Lohnkosten. Dass die Konzerne in den letzten Jahren trotzdem Rekord-Profit erzielt haben und damit die Taschen der Großaktionäre füllten, wird bewusst „vergessen“.

Jetzt gehe es darum, die Unternehmen zukunfts- und beschäftigungssicher zu machen. Doch den Konzernen geht es weder um die Standorte noch um die Beschäftigten. Es geht ihnen ausschließlich darum, den größtmöglichen Profit zu erzielen.

Die Logik des Kapitals: Profite vor Menschen

Kapitalismus bedeutet wiederkehrende Krisen. Die neoliberale Politik hat diese Krisen verstärkt. Sie hat die Ausbeutung von Mensch und Natur verschärft, das Arbeitsrecht und Sozialleistungen verschlechtert, Kapitalsteuern gesenkt, den globalen Kapitalmarkt dereguliert und Widerstand unterdrückt.

Das alles hat zu einer bislang kaum vorstellbaren Konzentration von Macht und Reichtum auf wenige Personen geführt. Genau das wollen Kapitalisten wie Albrecht, Schwarz, Quandt oder Musk auch in Zukunft. Sie haben ihre Entscheidung längst getroffen: Profite vor Menschen.

Schluss mit dem neoliberalen Wahnsinn

Wir können uns den neoliberalen Wahnsinn nicht mehr leisten. Mit Arbeitsplätzen und Standorten geht auch gesellschaftlicher Reichtum in Form von Gebäuden, Anlagen und Wissen verloren.

Darum ist der europaweite Kampf gegen neoliberale Politik notwendig. Gegen Arbeitsplatzvernichtung und Standortschließungen erfordert das unter anderem: progressive Besteuerung der Unternehmensprofite, Offenlegung der Geschäftsbücher, Veto-recht der Beschäftigten bei Entlassungen, Produktionsverlagerungen und Standortschließungen sowie die 30-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.

„Sozialpartnerschaft“ lähmt

Auf die Angriffe reagieren viele Belegschaften, Betriebsräte, Vertrauensleute und Gewerkschaften mit den eingeübten, kampflösen Reflexen jahrzehntlanger „Sozialpartnerschaft“:

Die Maßnahmen werden kritisiert und ernsthafte Gespräche gefordert. Es kommt zu Protestaktionen. Meistens nur am jeweiligen Standort, manchmal auch konzernweit.

Am Ende werden Sozialpläne und Umstrukturierungen vereinbart. Dabei gelingt es zwar oft, Entlassungen zu verhindern oder hohe Abfindungen auszuhandeln, doch die Arbeits- und Ausbildungsplätze oder die Standorte sind verloren.

Jetzt Widerstand organisieren

Die Angriffe der Unternehmen auf „ihre“ Belegschaften sind nicht zu trennen von den Angriffen von Kapital und Politik auf das Arbeitsrecht, die sozialen Sicherungssysteme und die öffentlichen Dienstleistungen wie Gesundheit, Bildung, Energie.

Gegen diesen Generalangriff hilft nur ein gemeinsamer Widerstand, der über einen Standort, den Konzern, die Branche oder nationale Grenzen hinaus organisiert wird.

Die Protestaktionen der IG Metall bei VW, bei Bosch oder wie in Mannheim bei ZF-Wabco zeigen, dass die Belegschaften kampfbereit sind. Doch die Gewerkschaftsführungen sind bisher nicht bereit, die „Sozialpartnerschaft“ aufzukündigen und den gemeinsamen Abwehrkampf zu organisieren.

Aber Abwarten hilft nicht weiter. Es muss *jetzt* innerhalb und außerhalb der Betriebe und Gewerkschaften gemeinsam gehandelt werden. Dabei setzt sich die ISO Rhein-Neckar aktiv für folgende Forderungen ein:

- Abbau bekämpfen – Entlassungen verhindern
- Arbeits- und Ausbildungsplätze statt Dividenden
- Offenlegung der Geschäftsbücher
- Standort- und branchenübergreifende Solidarität und Aktionen
- Vernetzung betroffener Belegschaften
- 30-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich ■



Protestaktion der ZF-Belegschaft in Mannheim, 10. September 2024.

Staatsräson? – Ein Feigenblatt für den fehlenden Bruch mit dem Faschismus

O. T.

Nach dem blutigen Überfall der Hamas und anderer Gruppen auf Israel am 7. Oktober 2023 stellte Bundeskanzler Scholz am 17.10.2023 fest: „Die deutsche Geschichte und unsere aus dem Holocaust erwachsene Verantwortung machen es uns zu unserer Aufgabe, für die Existenz und die Sicherheit des Staates Israel einzustehen.“

Das gilt nach einem Beschluss des Bundestages sogar als Staatsräson. Das Überleben und die Sicherheit des Staates Israel wird, unabhängig von seiner politischen Verfasstheit und seinen politischen Zielen, zur nicht antastbaren Leitlinie deutscher Politik gemacht.

Das geht soweit, dass der Krieg zwischen Israel und den Palästinensern mit bisher über 40.000 Toten und noch mehr Verletzten – vor allem auf palästinensischer Seite – von der Mehrheit der deutschen Parteien als zulässige Verteidigungsmaßnahme gegen den brutalen Angriff von Hamas und anderen am 7.10.2023 gerechtfertigt wird.

Die deutsche Solidarität für Israel unterstützt damit die Politik der rechtsradikalen bis faschistischen Regierung in Israel, deren erklärtes Ziel die Zerstörung der Lebensgrundlagen und die Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung aus ihrer Heimat ist. Da darf es nicht wundern, dass sich auch die AfD zu den Unterstützern Israels zählt.

Das Argument, es gehe bei dieser Solidarität mit Israel allein um die aus dem Holocaust erwachsene Verantwortung Deutschlands, ist scheinheilig, wie der Blick in die Vergangenheit zeigt.

Scheinheiligkeit statt Verantwortung

Statt im Nachkriegsdeutschland die Verantwortlichen für den beispiellosen Massenmord an den Jüdinnen und Juden zu verfolgen und schonungslos zu verurteilen, sorgten Politik, Justiz, Wirtschaft und Gesellschaft dafür, dass die überwältigende Mehrheit der Täter nicht zur Verantwortung gezogen wurde.

Die bedeutendsten Prozesse der deutschen Justiz gegen Nazis fanden erst 20 Jahre nach Kriegsende statt. Gegen die meisten

der rund 250.000 Täter des Holocaust ist gar nicht erst ermittelt worden. Fast alle der etwa 90.000 Ermittlungen wurden eingestellt. Eingeleitet und durchgeführt wurden nur ein paar hundert Verfahren.

Um als Mörder verurteilt zu werden, mussten gemäß § 211 Strafgesetzbuch (StGB) Mordlust, Freude an Tötungen, Heimtücke, Grausamkeit oder andere niedrige Beweggründe individuell nachgewiesen werden. Wenn diese Merkmale fehlten, Morde also teilnahmslos, in Ausübung von beruflichen Pflichten, aus Verantwortung gegenüber Vorgesetzten ohne individuelles Zutun ausgeübt wurden, war eine vorsätzliche Tötung kein Mord, sondern nur Totschlag. Bei 80 Prozent der Mörder stellten die Richter nur „Pflichterfüllung beim Töten“ fest.

Der § 211 StGB galt in der Fassung vom 4. September 1941. Erst Mitte der 2010er Jahre wurde er geändert. Das Grundgesetz (GG) schloss in § 103 Abs. 2 sogar ausdrücklich rückwirkendes Recht aus: „Eine Tat kann nur bestraft werden, wenn die Strafbarkeit gesetzlich bestimmt war, bevor die Tat begangen wurde.“ Der Holocaust konnte also mit Hilfe des GG nach dem Krieg nur auf der Basis des im Faschismus geltenden, vor dem Holocaust verabschiedeten § 211 StGB, verfolgt werden.

Amnestie für die Täter

Aber damit nicht genug. Im Oktober 1968 beschloss der Bundestag, dass alle Taten unter dem Titel „Beihilfe zum Mord“ nach 15 Jahren als verjährt galten. Das bedeutete: Am 8. Mai 1960 waren alle Taten verjährt, die mit einer Haftzeit von 15 Jahren bedroht waren, also auch der Totschlag und die Beihilfe dazu. Dies galt auch für den lange Jahre vorbereiteten Prozess gegen die Angehörigen der Gestapo, der 1968 beginnen sollte, dann aber aufgrund der Verjährungsklausel platzte. Die zum damaligen Zeitpunkt noch lebenden 70.000 Gestapoleute waren dadurch amnestiert.

In den ersten Jahren der BRD waren also Verdrängen und Vertuschen der Verbrechen des deutschen Faschismus angesagt. Das änderte sich erst durch die „Studentenbewegung“ Mitte der 1960er Jahre. Die durch sie geförderte Aufklärung über die braune Terrorsdiktatur war zwar real, aber sie reichte nicht aus, um den faschistischen Sumpf trocken zu legen.

Die als Dogma verkündete deutsche Staatsräson ist ein dürres Feigenblatt. Sie tabuisiert und kriminalisiert berechnete Kritik an der israelischen Regierung und deren völker- und menschenrechtswidrigen Kriegsführung. Sie unterstützt tatkräftig das Andauern des Mordens, der Vertreibungen und der Zerstörungen im Nahen Osten mit der anhaltenden Lieferung von Waffen und Munition an das Regime Netanjahus. Dem gilt es, Einhalt zu gebieten. ■



Demo gegen Nahostkrieg in Mannheim, 24. Februar 2024.

Foto: Avanti?.

Filmabend zu „Verkehrswendestadt Wolfsburg“ „Sozial-ökologischer Umbau oder profitgetriebener industrieller Kahlschlag?“

K. M. / M. G.

Am Dienstag, den 22. Oktober 2024, fand im vollbesetzten Konferenzraum der Mannheimer IG Metall die sehr interessante Veranstaltung „Sozial-ökologischer Umbau oder profitgetriebener industrieller Kahlschlag?“ statt.

Nach der Vorführung des gelungenen Films „Verkehrswendestadt Wolfsburg“ gab es die Möglichkeit zur Diskussion mit Tobi Rosswog, einem Aktiven der Kampagne „VW steht für VerkehrsWende“. Dazu eingeladen hatten das Aktionsbündnis „Wir zahlen nicht für Eure Krise!“ sowie attac Mannheim und das Überbetriebliche Solidaritätskomitee Rhein-Neckar.

Tobi Rosswog gab in der auf die Filmvorführung folgenden Diskussion wichtige Einblicke über das Entstehen und die gesellschaftliche Wirkung des Films.

Im August 2022 ging eine Handvoll kreativer Aktivist:innen für zwei Jahre nach Wolfsburg, ins Herz der deutschen Automobilindustrie. Ihr Anspruch war es, den automobilen Konsens aufzubrechen.

Durch kreative Kampagnen und vielfältige Aktionen gelang es ihnen, gemeinsam mit kämpferischen, in der IG Metall organisierten Arbeiter:innen Alternativen für eine Verkehrswende aufzuzeigen. Die dabei gewonnenen Erfahrungen werden anschaulich im Film dokumentiert.

Konkrete Utopien

Die Dokumentation benennt Möglichkeiten, wie das zentrale Thema eines sozial-ökologischen Umbaus der Autoindustrie umgesetzt werden kann – weg vom Individualverkehr und hin zu einer weitgehend emissionsfreien Mobilität.

Der Volkswagen- bzw. VW-Stadt Wolfsburg wird die konkrete Utopie einer Verkehrswendestadt (VW) entgegenstellt. Im Rahmen einer industriellen Konversion könnten dort zukünftig in zunehmender Ergänzung und möglichst weitgehender Ersetzung der Fertigung von Autos zum Beispiel Fahrzeuge für den Schienenverkehr und Busse für den Öffentlichen Personennahverkehr produziert werden.

Im Film entwickeln Arbeiter:innen des VW-Konzerns gemeinsam mit den Um-

weltaktivist:innen solidarische Perspektiven, die sich sowohl an den Interessen der Beschäftigten als auch an dem Schutz der Umwelt orientieren.

Mit einem beispielhaften Aktivismus und einer begleitenden Öffentlichkeitsarbeit wurden sowohl die meist bei VW arbeitenden Menschen in der Region als auch die Konzernspitze mit den Inhalten der Kampagne „VW steht für VerkehrsWende“ konfrontiert und zur Auseinandersetzung damit veranlasst.

Dass die Aktionen der kreativen Aktivist:innen und kämpferischen Arbeiter:innen auch öffentliche Wirkung zeigten, wurde in weit über 100 lokalen, bundesweiten und internationalen Medienberichten deutlich.

Repressive Maßnahmen

Das hinderte staatliche und städtische Stellen nicht, im Interesse der Konzernführung gegen die in der Kampagne Aktiven mit repressiven Maßnahmen vorzugehen. Es gab Hausdurchsuchungen am Anfang und am Ende der Kampagne, viele Prozesse sowie ein Kooperationsverbot aller städtischen Einrichtungen durch den CDU-Oberbürgermeister.

Bedauerlicherweise fehlt bisher weitgehend die Bereitschaft der Mehrheit des VW-Betriebsrats und auch von Verantwortlichen der örtlichen IG Metall-Geschäftsstelle, sich des schwierigen Themas des sozialen und ökologischen Umbaus des VW-Konzerns intensiver anzunehmen.

Mit dem aktuell angekündigten industriellen Kahlschlag bei VW mit angedrohten Werksschließungen, Massenentlassungen und einem massiven Lohnverzicht wird die besondere Zuspitzung des Interessengegensatzes zwischen Kapital und Arbeit deutlich.

Kein „Weiter so“

Damit die Profite der Hauptaktionäre wie Wolfgang Porsche oder dem Emirat Katar

weiter sprudeln, setzt die Konzernspitze auf ein „Weiter so“ und will vor allem „Personalkosten“ einsparen.

Die aktuellen Beispiele des Autokonzerns VW, des global agierenden Zulieferers ZF oder des Bahntechnikherstellers Alstom beleuchten grell die Krise des herrschenden Wirtschaftssystems und der ihm dienenden Politik. Gewinne sollen weiterhin auf Kosten der Beschäftigten, der Natur und der Sozialversicherungen absoluten Vorrang haben.

Der gelungene Filmabend machte deutlich, dass der notwendige sozial-ökologische Umbau der Autoindustrie nicht ohne weitreichende Veränderungen stattfinden kann.

Unabdingbar ist dafür die Wende hin zu einer Fertigung von Produkten, die zur Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse erforderlich sind und der Naturzerstörung Einhalt gebieten. Das erfordert einerseits eine massive Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverlust und ohne Erhöhung der Arbeitsintensität und andererseits eine demokratische Vergesellschaftung der Produktion unter der Kontrolle der dort Arbeitenden. ■



Tagung „Betriebsräte im Visier“ „Verdachtskündigungen verbieten!“

H. N.

Ein zentrales Thema der 11. Bundeskonferenz „Betriebsräte im Visier“ am 12. Oktober 2024 im Mannheim waren die beim Mobbing von gewerkschaftlich Aktiven im Betrieb immer wieder ausgesprochenen Verdachtskündigungen.

Rund 80 Kolleg:innen nahmen an der seit 2014 jährlich stattfindenden Tagung teil. Die von Ihnen einstimmig angenommene Entschließung (vgl. S. 7 dieser Zeitung) fordert, das „Fortwirken des faschistischen Arbeitsunrechts“ zu beenden.

Zu der besorgniserregenden weiteren Zunahme von BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung heißt es dort: „Völlig inakzeptabel ist die nach wie vor viel zu geringe Wahrnehmung solcher offener Rechtsbrüche und ihrer Hintergründe. [...] Aus dem faschistischen Arbeitsunrecht stammende ‚Verdachtskündigungen‘ ermöglichen mit konstruierten Vorwürfen die Kündigung von demokratisch gewählten Interessenvertretungen. Sie sind ein zentrales Instrument zur Bekämpfung von aktiven Betriebsrats- und Gewerkschaftsmitgliedern.“

Täter-Opfer-Umkehr

Durch die Verdachtskündigung findet eine rechtswidrige Täter-Opfer-Umkehr statt. Das gemobbte Opfer muss vor dem Arbeitsgericht seine Unschuld beweisen.

Dagegen wendet sich auch der von der Bundeskonferenz einmütig unterstützte Offene Brief „Nie wieder ist jetzt!“ – Fortwirken des faschistischen Arbeitsunrechts beenden!“

In dem an die Vorstände von DGB und Einzelgewerkschaften gerichteten und unter anderem von Günter Wallraff gezeichneten Offenen Brief wird festgestellt: „Die mit Verdachtskündigungen einhergehenden schweren Verstöße gegen Grund- und Menschenrechte haben fatale Folgen: gesundheitlich zerstörte Menschen, schwer geschädigte Familienangehörige, ruinierte berufliche Existenzen und nicht zuletzt eingeschüchterte Belegschaften.“

Weiter wird in diesem Text ausgeführt: „Die Förderung starker

demokratischer Gegenmacht in Betrieben und der Gesellschaft ist [...] eine wesentliche Voraussetzung, um Betriebsrats- und Gewerkschaftsbekämpfung sowie den Vormarsch der Rechten stoppen zu können. [...] Es ist auch deshalb höchste Zeit, das skandalöse Fortwirken des faschistischen Arbeitsunrechts in Deutschland zu beenden und konkret die ‚Verdachtskündigung‘ zu verbieten.“

Erfolgreiche Gegenwehr

Am Fall des „Skandals bei Nora“ zeigten Betriebsratsmitglieder des Weinheimer Bodenbelagherstellers beispielhaft auf, wie erfolgreiche Gegenwehr funktioniert.

In enger Kooperation sorgten 2012 die damalige Geschäftsleitung und eine unternehmenshörige BR-Mehrheit für den Rauswurf des langjährigen Betriebsrats Helmut Schmitt. Auch hier kam eine Verdachtskündigung wegen des erfundenen Vorwurfs der „Störung des Betriebsfriedens“ zum Einsatz.

Mit Hilfe eines erfahrenen Rechtsanwalts und der Unterstützung durch das seinerzeit gegründete Komitee „Solidarität mit Helmut Schmitt!“ gelang dem engagierten Gewerkschafter die Rückkehr in den Betrieb. Das war die Voraussetzung für eine sehr positive Änderung der Kräfteverhältnisse im Betriebsrat und im Vertrauenskörper. Heute wird die Belegschaft von einer ihren Interessen verpflichteten Betriebsratsmehrheit vertreten, und der gewerkschaftliche Organisationsgrad konnte fast verdoppelt werden.

Beeindruckende Beiträge

Zum sehr guten Gelingen der Konferenz trugen außerdem zum einen die inhaltlichen Beiträge und Erfahrungsberichte von durch BR-Mobbing betroffene Kolleginnen und Kollegen bei. Zum anderen beeindruckten die Ausführungen der eingeladenen Referenten.

Wolfgang Thurner vom IG Metall-Vorstand stellte sehr anschaulich die sich weiter entwickelnde Arbeit der zentralen Anlaufstelle gegen Union Busting vor. Wolfgang Alles vom Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ nahm fundiert zur Frage „Fortwirken des faschistischen Arbeitsunrechts – eine verdrängte Bedrohung?“ Stellung. Jannes Bojert (Leiter Tesla-Team der IGM) fesselte das Plenum mit seiner Darstellung des harten Kampfs für die gewerkschaftliche Organisation in der Grünheider Tesla-Fabrik. Zu guter Letzt kündigte Gerhard Klas (work-watch e. V.) die im November anlaufende Kampagne gegen BR-Mobbing bei der Drogeriemarktkette DM an.

Am 11. Oktober 2025 findet die 12. Bundeskonferenz „BR im Visier“ in Mannheim statt. ■



Foto: Helmut Roos.

Entschließung der 11. Bundeskonferenz „Betriebsräte im Visier“

Nie wieder ist jetzt – Fortwirken des faschistischen Arbeitsunrechts beenden!

Ist das Mobbing von aktiven Betriebsräten und Gewerkschaftsmitgliedern mittlerweile alltäglich im deutschen Rechtsstaat? Es fällt schwer, diese Frage mit Nein zu beantworten. Selbst im Heidelberger Unternehmen des BDA-Präsidenten Dulger konnte der gewerkschaftlich organisierte Betriebsrat zerschlagen werden.

Völlig inakzeptabel ist die nach wie vor viel zu geringe Wahrnehmung solcher offener Rechtsbrüche und ihrer Hintergründe. In der Folge wird das Mobbing von Betriebsräten und die Verhinderung von gewerkschaftlichem Engagement nur in Ausnahmefällen erkannt und angeprangert.

Aus dem faschistischen Arbeitsunrecht stammende „Verdachtskündigungen“ ermöglichen mit konstruierten Vorwürfen die Kündigung von demokratisch gewählten Interessenvertretungen. Sie sind ein zentrales Instrument zur Bekämpfung von aktiven Betriebsrats- und Gewerkschaftsmitgliedern.

Zudem erleichtern sie das skrupellose Vorgehen der Täter in Unternehmensführungen und ihrer Helfershelfer in Anwaltskanzleien, die auf BR-Mobbing spezialisiert sind.

Dabei findet eine Täter-Opfer-Umkehr statt, denn die gemobbten und gekündigten Opfer müssen ihre Unschuld beweisen.

Das Nachwirken des Arbeitsunrechts der Nazi-Diktatur wird in der Öffentlichkeit weitestgehend ignoriert. Dieses finstere Erbe

wird von der deutschen Arbeitsgerichtsbarkeit als „legal“ angesehen. Dabei ist offensichtlich, dass es elementaren deutschen und internationalen Rechtsgrundsätzen widerspricht.

Gegen das Fortwirken des faschistischen Arbeitsunrechts wendet sich der Offene Brief „Nie wieder ist jetzt! – Fortwirken des faschistischen Arbeitsunrechts beenden!“. Wir unterstützen diese wichtige Initiative.

Die Bundesregierung hat sich im Koalitionsvertrag verpflichtet, die Be- und Verhinderung von Betriebsratswahlen und von Betriebsratstätigkeit zum Officialdelikt zu erklären. Dadurch würden diese Rechtsbrüche ohne Strafantrag von Amts wegen verfolgt. Den Worten müssen jetzt endlich Taten folgen!

Es ist zwingend erforderlich, demokratische Gegenmacht in der Arbeitswelt zu stärken. Sie ist wesentlich, um Betriebsrats- und Gewerkschaftsbekämpfung, die sich verschärfenden Angriffe auf Arbeitsplätze und den auch dadurch weiter geförderten bedrohlichen Rechtsruck stoppen zu können.

Dieser Herausforderung müssen wir uns mit unseren Gewerkschaften stellen!

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 11. bundesweiten Konferenz „Betriebsräte im Visier“

Mannheim, den 12. Oktober 2024 ■



11. Bundeskonferenz „BR im Visier“ in Mannheim, 12. Oktober 2024.

Foto: Helmut Roos.

Alstom: Personalabbau, Schließungen, Verlagerungen ... „Unsere Chance – Résistance!“

H. N.

Eines ist unbestreitbar: Das Management von Alstom, eines weltweit agierenden Herstellers von Schienenfahrzeugtechnik, bleibt im Auftrag der Hauptaktionäre seiner bisherigen Strategie treu. Sie ist nicht ganz neu und heißt „Diktatur der Zahlen“. Ihre Erfindung beanspruchte 1981 Jack Welch, damals Boss von General Electric und bald danach „bester Manager aller Zeiten“.

Welchs Leitspruch zur Erzeugung maximaler Profite in den Tochterfirmen von General Electric lautete: „Fix it, sell it or close it“. Sinngemäß auf Deutsch bedeutet das: „Strukturiere sie um, verkaufe sie oder mache sie platt.“

Welchs Spitzname „Neutronen-Jack“ leitete sich aus seiner gnadenlosen Kriegsführung gegen GE-Standorte und deren Beschäftigte ab. Nicht vergessen werden sollte, dass Welch auch ein notorischer Gewerkschaftsfeind war.

In Mannheim-Käfertal sind die verheerenden Folgen dieses skrupellosen Vorgehens auf dem ehemals zu Alstom Power gehörenden Industrieareal nicht zu übersehen. Nur wenige hundert Meter davon entfernt befindet sich der Standort der heutigen Alstom Transport Deutschland.

Rund 1.000 Menschen sind dort tätig. Nach der Ankündigung eines Stellenabbaus durch die Konzernleitung im Oktober geht auch bei ihnen erneut die Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes um.

Kahlschlagprogramm

Kernpunkte des als neuer „Deutschland Footprint“ bezeichneten Kahlschlagprogramms von Alstom in Deutschland sind unter anderem die Schließung der traditionsreichen Fabrik für Waggonbau in Görlitz im März 2026, die Schließung des Zugneubaus in Berlin-Hennigsdorf, eine Verlagerung des dortigen Bereichs für Antriebstechnik nach Indien sowie die Umwandlung des Werks in einen Service- und IT-Standort. Dafür sollen die Service-Aktivitäten von Kassel nach Hennigsdorf transferiert werden. Für Alstom Siegen ist – wie übrigens auch für den gesamten Angestelltenbereich in der BRD – ein noch nicht bezifferter Personalabbau geplant.

Außerdem ist Alstom Mannheim massiv von den zerstörerischen

Vorhaben der Konzernleitung betroffen. So soll das Reparatur-Geschäft nach Hennigsdorf verlagert werden, die Produktion von Neubau-Prototypen ins baskische Trápaga, die Neubau-Projektentwicklung und Prototypenfertigung „Green Traction“ ins französische Tarbes, der Digital-Bereich D&IS sowie die entsprechenden Reparatur- und Wartungs-Tätigkeiten ebenfalls nach Hennigsdorf. Das im Konzern einzigartige Traktions-Testlabor steht vor dem Aus.

Nach derzeitigem Stand sollen in Mannheim mindestens 140 Arbeitsplätze abgebaut werden. Der Verkauf des gesamten Werks-geländes steht auf der Agenda. Die restliche Belegschaft soll in ein noch zu erwerbendes Bürogebäude umgesiedelt werden – möglicherweise außerhalb des Geltungsbereichs der Tarifverträge der IGM Baden-Württemberg.

„Wettbewerbsfähigkeit“

An dieser Stelle ist ein Blick zurück erforderlich: Am 9. Juni 2023 hatten Alstom und die IG Metall einen „Zukunftstarifvertrag“ für die rund 9.600 Beschäftigten an 13 Standorten hierzulande geschlossen. Er sollte unter anderem „Weichen für mehr Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland“ stellen sowie Arbeitsplätze und Standorte in Deutschland für die nächsten drei Jahre sichern. Diese Vereinbarung wurde mit dem Verzicht auf tarifliche Leistungen erkaufte. Sie ist nun offenkundig nicht mehr das Papier wert, auf dem sie unterzeichnet worden war.

Die Mannheimer Alstom-Belegschaft kann sich jedenfalls in ihrer Ablehnung dieses „Deals“ bestätigt sehen.

Widerstand

Sowohl der Gesamtbetriebsrat von Alstom Deutschland als auch der Mannheimer Betriebsrat haben Widerstand gegen die aggressiven Pläne der Konzernführung angekündigt. Sie zweifeln die als Rechtfertigung vom Management ins Feld geführten „Argumente“ und deren Schlüssigkeit offen an.

Die Erfolgsaussichten des Widerstands hängen von mehreren Faktoren ab. Gelingt es, nicht nur an den einzelnen deutschen Alstom-Standorten, sondern bundesweit eigene Alternativen und eine aktive Gegenwehr zu entwickeln? Gelingt es ferner, den Widerstand im Konzern international zu organisieren? Und nicht zuletzt: Wie kann ein Bündnis mit der Bewegung für die Wende zum Schienenverkehr geschaffen werden?

Die IG Metall ist jetzt gefordert, eine kämpferische, auch gesellschafts- und verkehrspolitisch begründete Perspektive jenseits der Routine von Interessenausgleich- und Sozialplanverhandlungen aufzuzeigen.

„Unsere Chance – Résistance!“ gilt heute mehr denn je. ■



Warnstreik bei Alstom in Mannheim, 23. März 2021.

Foto: Helmut Roos.

Frankreichs Rechtsregierung Sozialabbau und Rassismus

E. B.

Während sich die wirtschaftliche Lage immer weiter verschlechtert, will die Regierung einen Sparhaushalt und rassistische Maßnahmen durchsetzen. Ziel dieser Politik ist die Absicherung eines politischen Bündnisses mit Le Pens faschistischem Rassemblement National (RN). Dagegen gilt es, Widerstand zu entwickeln.

Der Haushaltsentwurf der Regierung sieht Ausgabenkürzungen in Höhe von 60 Milliarden Euro vor.

Konkret bedeutet dies, dass 4.000 Stellen im bereits ausgebluteten Bildungswesen gestrichen werden sollen. Zudem soll der sogenannte Gehalts-Indexpunkt für Beamte eingefroren werden. Das würde dazu beitragen, alle Gehälter nach unten zu drücken. Die Kostenübernahme für Arztbesuche soll gesenkt und die Rentenerhöhung für Menschen im Ruhestand verschoben werden.

In allen Ministerien sollen Budgetkürzungen vorgenommen werden, insbesondere 5 Milliarden Euro bei den Gebietskörperschaften. Alle öffentlichen Dienste würden durch diese Maßnahmen massiv geschädigt werden. Wegen der Haushaltskürzungen droht sogar der Justizminister mit Rücktritt.

Ein unsozialer Haushalt

Die Haushaltskürzungen zerstören fast alles, was der arbeitenden Klasse trotz niedriger Löhne erlaubt, einigermassen über die Runden zu kommen. Sie sind umso krimineller, als sich die Wirtschaftslage weiter verschlechtert. Das „Wachstum“ ist auf 1 % begrenzt, Konsum und Investitionen sind sehr schwach.

Das Ergebnis ist erschreckend. Der linke Gewerkschaftsdachverband CGT zählte bisher 170 Entlassungspläne, die 100.000 Arbeitsplätze vernichten könnten. Insbesondere bei M.A. France, einem Zulieferer des Autokonzerns Stellantis, bei Gaël in Ille-et-Vilaine, einer Tochtergesellschaft von Casino, bei Milee, ehemals Adrexo, bei Valeo und bei Casino selbst.

Diese Abbauvorhaben werden im Rahmen einer Überproduktionskrise – insbesondere in der Automobilbranche – angekündigt. Das alles geschieht in einer Zeit enormer Profite. Nicht nur sind die Ge-



Demo gegen Arbeitsplatzabbau in Strasbourg, 28. September 2024. Foto: Photothèque Rouge/Alexandre.

winne der im Aktienindex CAC gelisteten Unternehmen bis 2023 auf 154 Milliarden Euro gestiegen, sondern sie haben auch 68 Milliarden Euro an Dividenden an ihre Aktionäre ausgeschüttet!

Rassistisches „Einwanderungsgesetz“

Die Regierung Barnier versprach dem RN ein neues „Einwanderungsgesetz“, um seine Stimmen in der Nationalversammlung zu kaufen. Wir wissen nicht, was darin stehen wird. Barnier selbst weiß es offenbar noch nicht, aber es soll die gegen die arbeitende Klasse gerichtete Allianz von Le Pen und Macron stärken.

Angesichts dieser Situation sollte die Einheit der Linken, nachdem sie bei den Parlamentswahlen hergestellt werden konnte, nun auch auf der Straße und in der Arbeitswelt erreicht werden. Nur so können Lohnerhöhungen durchgesetzt, die „Rentenreformen“ aufgehoben, die Preise für Grundnahrungsmittel blockiert, massive Einstellungen im öffentlichen Dienst vor-

genommen, Entlassungen verboten und die Arbeitszeiten ohne Lohnverlust gesenkt werden. Nur so können Migrantinnen und Migranten unter Achtung ihrer Menschenwürde aufgenommen werden.

Ein kämpferischer Aktionsplan

Die sozialen Mobilisierungen im September und am 1. Oktober 2024 haben nicht ausgereicht, um die Regierung zum Rückzug zu bewegen und die genannten Forderungen durchzusetzen. Aber seit einigen Wochen gibt es zahlreiche Kämpfe gegen Entlassungen, für Neueinstellungen oder für die Löhne.

Eine Neue Populäre Front ist erforderlich, die sich in den Wohnvierteln, in den Städten und in den Betrieben zusammenschließt. Sie muss den Kampf organisieren, der notwendig ist, um Macron, Barnier und Le Pen zurückzudrängen. Es hat eine brutale Verschärfung des Klassenkampfes begonnen. Die arbeitende Klasse kann es sich nicht leisten, ihn zu verlieren. ■

Kein Profit mit unserem Grundrecht auf Wohnen?

Spannender Infoabend der ISO Rhein-Neckar im Oktober

A. N.

Mit einigen Interessierten und Engagierten kamen wir am Freitagabend, den 25. Oktober 2024, in Mannheim und digital zusammen, um uns mit dem Thema Mieten zu befassen: Wer zahlt? Wie viel? An wen? Wer profitiert? Und müssen wir das alles so hinnehmen?

Unsere Referentin gab einen Überblick über die aktuelle Situation von Menschen in Deutschland, die keinen eigenen Wohnraum besitzen und auf Mietwohnungen angewiesen sind. Nach diesen Fakten und einigen grundlegenden Überlegungen zum Thema Wohnen und Mieten gab sie uns Einblicke in eine neue Mieter:innen-Initiative in Heidelberg. Dieser Zusammenschluss stellt sich aktuellen und angekündigten Mieterhöhungen sowie anderen Unsäglichkeiten der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GGH entgegen.

Wohnen oder gesellschaftliche Teilhabe?

Mehr als die Hälfte der Menschen in Deutschland wohnt zur Miete. 7,4 Mio. Haushalte geben mindestens 30 % ihres Einkommens für die Miete aus. Und es wird nicht weniger: Die Mieten sind in den letzten vier Jahren um mehr als 7 % gestiegen und ein Ende der Profitmaximierung durch Mieten ist nicht in Sicht.

Was das konkret bedeutet, zeigt die aktuelle Heidelberg-Studie: Fast 1/3 der Familien in Heidelberg geben an, zu wenig Geld für Freizeitaktivitäten der Kinder zu haben. Hohe Mieten führen somit auch zu gesellschaftlichem Ausschluss. Das bedeutet auch eine massive physische und psychische Gesundheitsbelastung durch krankmachende Luftverschmutzung, Lärmbelastung und Hitze, vor allem dort, wo Wohnen noch halbwegs bezahlbar ist. Gleichzeitig wächst ständig die bedrückende Sorge vor der nächsten Miet- und Nebenkostenerhöhung.

Profit mit unserer Miete

Und wohin fließen die hohen Mieten? Davon profitieren weder die Bauarbeiter:innen, Bauplaner:innen und anderen Arbeiter:innen, die die Ware Wohnraum herstellen, noch die Mieter:innen, die den Wohnraum bewohnen. Vielmehr fließt das Geld zu den-

jenigen, die ohnehin schon ausreichend davon haben: Hausbesitzer:innen, Immobilienfirmen, Aktionär:innen großer Wohnungskonzerne.

Seitens der GGH in Heidelberg wird argumentiert, man brauche ein höheres Budget für neue Investitionen in neu entstehenden Wohnraum. Dass diese Investitionen neue Gewinne generieren, wird verschwiegen. Diejenigen, die mit ihren Mieten die Investitionen ermöglichen, werden von den Gewinnen wenig sehen.

Ein Quartier wehrt sich

Besonders brisant ist dabei, dass die GGH 100%ige Tochtergesellschaft der Stadt Heidelberg ist. Gemeinnützigkeit und Mieter:innenbeirat wurden in den letzten Jahren aufgegeben, dafür sieht die *Strategie 2035* „turnusgemäße Erhöhungen“ der Miete vor, also alle 15 Monate. Mit einer Erhöhung von durchschnittlich etwa 9 % im Herbst dieses Jahres waren die Mieter:innen nicht mehr bereit, dies so hinzunehmen.

Unsere Referentin berichtete, wie innerhalb weniger Wochen im Höllenstein-Quartier der GGH aus vereinzelt Mieter:innen, die einen Brief gegen die Erhöhung verfassten, eine Initiative gewachsen ist. Der für ihre Treffen genutzte Gemeinschaftsraum reichte schon bald nicht mehr aus. Sie verständigte sich gemeinsam über ihr Vorgehen, verfasste einen Offenen Brief und sammelte schließlich 250 Unterschriften gegen die Mieterhöhung und andere Missstände (vgl. *Avanti*², Nr. 122 von Oktober 2024).

Die aktuelle Mieterhöhung konnte nicht verhindert werden, doch die Mieter:innen sind entschlossen, sich für die Zukunft noch besser aufzustellen und zu vernetzen. Im Oktober wählten sie ein Mieter:innen-Komitee aus 10 Personen mit drei Sprecher:innen, die die Mieter:innen auch nach außen vertreten.

Mieter:innen und Beschäftigte Hand in Hand?

Auf unserem Infoabend wurde zudem die Frage aufgeworfen, wie die Mieter:innen mit den Beschäftigten der GGH und der Dienstleistungsunternehmen im Quartier (Reinigungsarbeiten, Gartenpflege etc.) Kontakt aufnehmen und solidarisch agieren können. Kann über Betriebsräte und gewerkschaftliche Strukturen hier eine Brücke gebaut werden zwischen Mieter:innen und Beschäftigten, als zwei Gruppen, auf deren Rücken mit Wohnraum Profit gemacht wird? Genossen der ISO Rhein-Neckar erklärten sich bereit, über ihr breites gewerkschaftliches Netzwerk hierbei zu unterstützen.

Die Initiative hat sich auch vorgenommen, sich mit GGH-Mieter:innen anderer Quartiere in Heidelberg weiter zu vernetzen. Mitte November wird es ein erstes Vernetzungstreffen geben. Mieter:innen und Unterstützer:innen können über die Mailadresse miete.hoellenstein@gmx.de Kontakt mit der Initiative aufnehmen. ■



Protestaktion der Mieter:innen-Initiative in Heidelberg, 19. September 2024.

Apartheid in Israel – Tabu in Deutschland?

W. F.

Mit dem neu erschienen Band *Apartheid in Israel – Tabu in Deutschland?* legen Arne Andersen und seine Mitautoren Johannes Feest und Sebastian Scheerer Grundlagen, die die Auseinandersetzungen in Deutschland um Positionen zum jüdischen Leben, um Israel und Palästina nachvollziehbar machen.

Sie gehen im ersten Teil der Frage nach, warum diese gerade hierzulande mit solcher Härte geführt werden. Grundlage für den Palästina-Konflikt ist die historische Entwicklung der Region.

Im zweiten Teil werden die Ursachen des Konfliktes – der aufkommende Zionismus und die verschiedenen jüdischen Einwanderungswellen – nicht erst in der Gründung des Staates Israels 1948, sondern schon lange zuvor in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts verortet.

Der dritte Teil widmet sich der Bewegung Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS), die als eine zivilgesellschaftliche Initiative bemüht ist, seit Beginn dieses

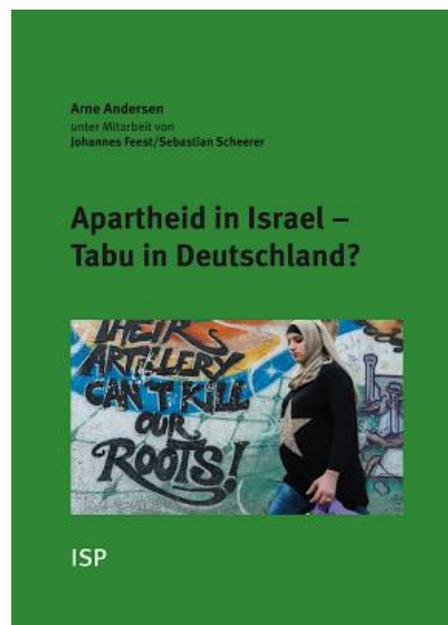
Jahrtausends einen neuen Lösungsansatz für den palästinensisch-jüdischen Antagonismus jenseits von Hamas und Abbas zu finden.

Gleichzeitig untersuchen die Autoren die Frage, wie diese Auseinandersetzung in den USA und in Deutschland auf die Meinungsfreiheit einwirkt, und wie Israel alles tut, um diese Bewegung zu bekämpfen und als antisemitisch zu desavouieren.

Im letzten Teil des Buches untersuchen sie, wie man in Deutschland mit dem Vorwurf eines israelbezogenen Antisemitismus und den daraus folgenden Einschränkungen der Meinungsfreiheit umgeht.

Die Autoren bemühen sich in ihrer detailreichen Studie sowohl die Vision eines binationalen Staates der jüdischen Philosophin Hannah Arendt als auch die des palästinensischen Orientalisten und Begründers postkolonialer Studien Edward Said wieder mit Leben zu füllen.

Zahlreiche Fotos, Schaubilder und Tabellen erleichtern den Zugang zum Thema. ■



Arne Andersen

unter Mitarbeit von Johannes Feest/Sebastian Scheerer

Apartheid in Israel – Tabu in Deutschland?

Hardcover, farbig, 499 S., 2024

ISBN 978-3-89900-160-0

Bestellung im Buchhandel oder per Mail: Neuer.ISP.Verlag@t-online.de oder über das Bestellsystem www.neuerispverlag.de
Subskriptionspreis bis 31.12.2024: 24,80 €, Preis ab 1.01.2025: 29,80 €

Faschismus bekämpfen, Grundrechte verteidigen, Widerstand organisieren

Texte gegen Faschismus von Ernest Mandel, Leo Trotzki und anderen

BROSCHÜRE DER ISO

„Von Max Horkheimer, Kind jüdischer Eltern und unorthodoxer Marxist, stammt der tiefgründige Satz „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.“ Damit brachte er nicht nur seine persönlichen Erfahrungen mit dem aufhaltbaren Aufstieg des deutschen Faschismus zum Ausdruck. Er warnte mit diesen Worten zudem vor der dem Kapitalismus – selbst in seiner parlamentarischen Form – innewohnenden Tendenz, früher oder später in Faschismus umzuschlagen.“

Die zunehmende Bedrohung durch faschistische und rassistische Parteien und Organisationen hierzulande und auch international ist unbestreitbar. Sie wird genährt durch den „Extremismus der Mitte“ und dessen zynisches „Management“ der multiplen Krisen des Kapitalismus einer-

seits und durch die politische Schwäche der Gewerkschaften, der Linken und der sozialen Bewegungen andererseits.

Für die Stärkung des antifaschistischen (und antikapitalistischen!) Widerstands, halten wir die Beschäftigung mit der Analyse des historischen und des aktuellen Faschismus deshalb für dringend geboten. [...]“

*[Vorwort der Broschüre von H. Born und H. Neuhaus für die AG Antifaschismus der ISO, deutsche Sektion der IV. Internationale.] ■

Aus dem Inhalt:

E. Mandel, Trozki's Faschismustheorie
W. Alles, Trozki's Faschismusanalyse
G. Jungclas, Kapitulation der Gewerkschaften
Leo Trotzki, Porträt des Nationalsozialismus
H. Dahmer, 100 Jahre „Faschismus“



Bestellung über:

iso@intersoz.org

Versandpreis im Inland: 3 €;

ab 5 Exemplaren: 2 € pro Stück.

Die Broschüre kann auch bei Mitgliedern der ISO für 2 € erworben werden.

Demo in Heidelberg

„Nein zu Krieg und Hochrüstung!“

H. S.

Am Donnerstag, den 3. Oktober 2024, fand gleichzeitig mit der zentralen Antikriegsdemo in Berlin auch in Heidelberg eine regionale Aktion gegen die Kriege dieser Welt statt. Organisiert wurde sie von den Friedensbündnissen Heidelberg, Mannheim und Karlsruhe.

Nach der Auftaktkundgebung um 14 Uhr am Bismarckplatz zogen die laut Veranstalter rund 400 Teilnehmer:innen mit vielen Plakaten, Transparenten und Friedensfahnen durch die Hauptstraße. Aktive der ISO Rhein-Neckar verteilten ihr Flugblatt „Kriegstreiber und Kriege stoppen!“.

Nach einer Zwischenkundgebung am Anatomiegarten ging es weiter zum Marktplatz, wo gegen 15:30 Uhr die Abschlusskundgebung stattfand.

In den zahlreichen Redebeiträgen wurden unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt. Zentral waren dabei die Forderungen nach einem Waffenstillstand bei den aktuellen Kriegen in der Ukraine und im Gazastreifen und dem Beginn von Friedensverhandlungen. Weitere Forderungen waren: Für Abrüstung statt Hochrüstung und für das Verbot der Stationierung moderner, auch mit atomaren Sprengköpfen bestückbarer Mittelstreckenraketen in Deutschland. Nicht zuletzt wurde zum Aufbau einer gesellschaftlich breiten Friedensbewegung aufgerufen. ■



Antikriegsdemo in Heidelberg, 3. Oktober 2024.

Foto: H. S.

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- SAM, 2.11.2024, 13:00 Uhr, Herbstausflug der ISO Rhein-Neckar
- DI, 5.11.2024, 19:30 Uhr, Kampagne „10 Prozent für Alle“, Friedensbüro, Speyerer Str. 14, MA
- MI, 6.11.2024, 19:00 Uhr, Film „Solid City“ – Wenn Wohnen zur Ware wird, Stadtheim Naturfreunde, Zum Herrenried 18, MA
- DO, 7.11.2024, 19:00 Uhr, „Refugees welcome – beim Wort genommen“, Abendakademie (EG, Saal), U 1,16-19, MA
- FR, 8.11.2024, 19:00 Uhr, „Oh, sagte Herr K.“ – Brecht-Programm, Stadtbibliothek, MA-Feudenheim
- DO, 14.11.2024, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Soldaritätskomitee, Rhein-Neckar, Gewerkschaftshaus, IGM-Konferenzraum, Hans-Böckler-Str. 1, MA
- SAM, 16.11.2024, 13:00 Uhr, „Sozialismus oder ...?“, Herbst-Seminar der ISO Rhein-Neckar
- DI, 19.11.2024, 15:00 Uhr, „Die verdrängte Geschichte Deutschlands“, Hochschule Mannheim, Gebäude C, Raum 002/003, Paul-Wittsack-Straße 10, MA
- FR, 22.11.2024, 19:00 Uhr, ISO-Infoabend zu aktuellem Thema
- SO, 24.11.2024, 11:00 Uhr, Studientag zur sozialen Verteidigung, Spanische Mission, D 6,9-11, MA

Vorschau

- SAM, 21.12.2024, 16:00 Uhr, Jahresendfeier der ISO Rhein-Neckar



Impressum:
ISO Rhein-Neckar
VIsDP: ISO, 68026 MA

ISO, Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim
Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de

Netz: www.iso-4-rhein-neckar.de
Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn
Instagram: www.instagram.com/isorheinneckar

